

Kurzinformationen zur Sitzung des Landesvorstandes vom 28.06.2025

Der Landesvorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Aktuell-politisch

Bildungsministerium:

Das Bildungsministerium berichtet über die gerichtliche Auseinandersetzung um zwei Schüler, die bei einer Gedenkfahrt nach Auschwitz ein "White-Power"-Zeichen gezeigt und ein Video davon im Internet hochgeladen haben. Die Schulbehörde hatte daraufhin einen Verweis durchgesetzt. Simone hat sich hinter diese Entscheidung gestellt. Nun hat ein Verwaltungsgericht den Verweis gerügt. Es sei nicht klar, ob mit der Geste tatsächlich ein rechtsextremes Symbol gemeint war. Der Landesvorstand stellt sich hier ausdrücklich hinter Simone Oldenburg und unterstreicht, dass ihre klare Positionierung richtig war.

Bundestagsfraktion:

Unsere Abgeordnete Ina Latendorf wurde zur ersten Parlamentarischen Geschäftsführerin der Fraktion gewählt. Dazu gratulieren wir ihr herzlich. Die Fraktion hat zuletzt Anträge zur Absenkung der Mehrwertsteuer und zur Begrenzung der Mieten in den Bundestag eingebracht. Diese Initiativen werden flankiert von einem großen Mietengipfel der Fraktion, der am 4. Juli in Berlin stattfinden wird.

Außerdem plant die Fraktion, auch wegen des Verbotes der Queer-Flagge auf dem Bundestag durch Julia Klöckner, wieder einen Queer-Empfang.

Es wird erwogen, gemeinsam mit den Grünen einen Untersuchungsausschuss zum Maskenskandal von Jens Spahn zu fordern.

Ina Latendorf wird gemeinsam mit Steffi Pulz-Debler eine Sommertour durch M-V abhalten.

Parteirat (vormals Bundesausschuss):

Der Prozess zur Überarbeitung des Grundsatzprogramms der Partei ist angelaufen. Hierbei ist wichtig, dass es sich um eine Überarbeitung, nicht um eine Ersetzung handelt. Der Kern des Erfurter Programms soll erhalten bleiben. Es wird erwogen, dieses am Ende durch einen Mitgliederentscheid bestätigen zu lassen. Die Fraktionsvorsitzenden in den Ländern sind jetzt automatisch beratende Mitglieder des Parteirates.

Verschiedenes:

Landtagsfraktion, Linksjugend und Partei werden den CSD in Grevesmühlen unterstützen / dazu aufrufen.

Der Landesvorstand wird die Auseinandersetzungen in anderen Ost-Landesverbänden zum Anlass nehmen, sich in einer seiner folgenden Sitzungen mit dem Thema Minderheitsregierungen auseinanderzusetzen. Hierfür soll ein auf das Thema spezialisierter Politikwissenschaft-Professor aus Darmstadt eingeladen werden.

Die Bundespartei wird ihre Friedenskonferenz voraussichtlich in Mecklenburg-Vorpommern stattfinden lassen. Wir werden versuchen, diese mit der Initiative für eine Ostsee-Friedenskonferenz aus der LAG Frieden zusammenzuführen.

In den kommenden Sitzungen des Bundesrates wird das Thema Aussetzung des Familiennachzuges für Geflüchtete auf der Tagesordnung stehen. Die Landtagsfraktion hat der SPD bereits klargemacht, dass wir entsprechende Initiativen nicht mittragen können und eine Zustimmung im Bundesrat durch das Land M-V dementsprechend nicht möglich ist.

Einberufung der Landesvertreter:innenversammlung

Der Landesvorstand hat beschlossen, dass die Landesvertreter:innenversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl am 14.03.2026 in der Stadthalle Rostock stattfinden wird.

Einberufung des Landesparteitages 2026

Der Landesvorstand hat beschlossen, dass der Landesparteitag u.a. zum Beschluss über ein Wahlprogramm zur Landtagswahl 2026 am 30.05.2026 stattfinden wird. Die Landesgeschäftsstelle wird mit der Suche nach einer geeigneten Location beauftragt.

Finanzen

Der Landesschatzmeister stellt die Quartalsberichte 1/2025 vor. Die Mitgliedsbeiträge sind im Durchschnitt leicht gesunken. Das hängt mit dem Neumitgliederboom zusammen. Hier sind viele junge Menschen zu uns gekommen, die sich in Ausbildung oder Studium befinden und geringere Beiträge zahlen. Die Gesamtsumme der Beiträge ist dafür deutlich gestiegen. Einzelne Kreisverbände haben deutlich zu geringe Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge. Mit diesen wird weiter zu sprechen sein.

Anträge

Der Landesvorstand bestätigt die LAG Tierschutz.

Der Landesvorstand beschließt einen Antrag der Linksjugend, zur Regelung der Jugendkandidatur zur Landtagswahl.

Der Landesvorstand beschließt die Einberufung eines neuen Landesausschusses für 2026.

Der Landesvorstand unterstützt den Bürgermeisterwahlkampf in Schwaan mit 2000 €.

Der Landesvorstand unterstützt den CSD in Rostock mit 1000 €.

Der Landesvorstand schafft Bierzeltgarnituren an, die im Bereich Vorpommern gelagert werden sollen und durch die Kreisverbände genutzt werden dürfen.

Sonstiges:

Der Landesvorstand beschließt, das traditionelle Friedensfest in Graal-Müritz nicht zentral zu organisieren. Stattdessen konzentriert sich der Landesverband auf die Vorbereitung der Ostseefriedenskonferenz sowie die Vorbereitung der Landtagswahl 2026. Eine lokale Initiative für das Friedensfest durch die BO oder den KV kann ggf. finanziell unterstützt werden.

Die nächste Sitzung des Landesvorstands findet voraussichtlich am 19. Juli statt.